

## Beschaffung

# Kreislaufwirtschaft fordert Priorität für nachhaltige Produkte

Verbände fordern von der Bundesregierung Maßnahmen, um die Kreislaufwirtschaft schneller auszubauen. So sollte die öffentliche Hand als größter Nachfrager in Deutschland Recyclingprodukte in öffentlichen Ausschreibungen ausdrücklich bevorzugen.

Von Wolfgang Leja

BERLIN/STUTTGART. Um mehr und besseres Recycling möglich zu machen, haben sich der Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft (BNW) und der Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft (BDE) mit zwei Vorschlägen an Bundesumweltministerin Steffi Lemke (SPD) gewandt. Das Ziel eines nachhaltigeren öffentlichen Einkaufs werde oft nicht erreicht, kritisieren sie.

## „Innovative Lösungen werden de facto ausgeschlossen“

„Häufig wird die Ausschreibung so schwammig gehalten, dass beispielsweise innovative Lösungen de facto ausgeschlossen werden“, monieren sie. Insbesondere die öffentliche Hand als Bauherr müsse das Umsteuern von Primärmaterialien

auf Recyclingmaterialien fördern, so die Kreislaufwirtschaft. Die Verbände fordern einen sicheren Rechtsrahmen für die öffentliche Beschaffung. Denn die im Jahr 2020 verabschiedete Novelle des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (Paragraf 45 KrWG) sei für die öffentliche Beschaffung noch nicht hinreichend praktikabel. „Produkte, die im Recycling-Design und der Circular Economy hergestellt werden, sollen in öffentlichen Ausschreibungen ausdrücklich bevorzugt werden“, betonen sie. Dies hätte entsprechende Auswirkungen auf den Markt der Anbieter. „Die Bundesregierung hat mit der öffentlichen Beschaffung einen starken Hebel, der jetzt vom Papier in die Praxis kommen muss“, fordert Carola von Peinen, BNW-Vorständin.

Ferner fordert die Kreislaufwirtschaft eine Mindestrecyclatquote und eine Plastiksteuer als Anreize für hochwertiges Recycling. „Investitionen in besseres Recycling werden nur erfolgen, wenn eine Chance für die Refinanzierung dieser Investitionen besteht. Eine Mindestrecyclatquote ist dafür ein wirksames Instrument.“

Immer wieder hatte die Bauwirtschaft in Baden-Württemberg beklagt, dass der Einsatz von Recyclingbaustoffen bei öffentlichen Ausschreibungen selten berücksichtigt

werde (siehe Staatsanzeiger Ausgabe 18). So würden diese Baustoffe in Leistungsverzeichnissen oft ausgeschlossen. Laut Landes-Kreislaufwirtschaftsgesetz seien Land und Kommunen aber dazu angehalten, Recyclingbaustoffe vorrangig zu verwenden. Der Städtetag kündigte an, ein Positionspapier zu erarbeiten. Zusammen mit Experten aus der Praxis will er darin aufzeigen, wie die bauliche Kreislaufwirtschaft einen Beitrag zu Klima- und Ressourcenschutz leisten könne.

## Online-Plattform zeigt Beispiele für nachhaltige Beschaffung

Kommunen sind für mehr als die Hälfte des jährlichen Beschaffungsvolumens verantwortlich und führen, meist in dezentralen Strukturen, viele kleinere Vergabeverfahren durch. Wie dies nachhaltig gehen kann, dafür bietet die vom Bundeswirtschaftsministerium geförderte Online-Plattform „Kommunaler Kompass“ vielfältige Beispiele: von kleinsten Direktkäufen über freihändige Vergaben bis hin zu EU-weiten Ausschreibungen.

### MEHR ZUM THEMA

Webportal zur nachhaltigen öffentlichen Beschaffung unter: <https://www.kompass-nachhaltigkeit.de>



Abbruchmaterial als Rohstoff: In Baden-Württemberg werden Recyclingbaustoffe bei öffentlichen Ausschreibungen zu selten berücksichtigt, kritisiert die Bauwirtschaft. FOTO: LEJA

## Stadt Ludwigsburg arbeitet mit Beschaffungskatalog

Energieeinsparung, Recycling und Ressourcenschonung sind Ziele, die für öffentliche Beschaffer zunehmend wichtiger werden. Wie solche Ziele bei öffentlichen Ausschreibungen berücksichtigt werden können, lesen Sie in unserem Journal Praxis und Vergabe (Ausgabe 2/2021). Ein Beispiel ist die Stadt Ludwigsburg. Sie hat nicht nur einen ausgeklü-

gelten Katalog entwickelt, der die rund 200 Beschaffer der Stadt unterstützt. Sie hat auch eine eigens dafür verantwortliche Stelle geschaffen, die die nachhaltige Beschaffung voranbringen soll.

Als Abonnent des Staatsanzeigers haben Sie Zugriff auf unsere Journale unter: <https://www.staatsanzeiger.de/journal-praxis-und-vergabe>

## Gesellschaftsanteile an Entsorgerfirma ausgeschrieben

DÜSSELDORF. Düsseldorf hat im Amtsblatt der EU die Ausschreibung der Abfallentsorgungs- und Straßenreinigungsleistungen nebst Winterdienst bekannt gegeben. In dem Vergabeverfahren werden 51 Prozent an einer neu gegründeten Gesellschaft ausgeschrieben, die Abfallentsorgungs- und Straßenreinigungsleistungen erbringen soll. 49 Prozent der Anteile sollen bei der Stadt Düsseldorf verbleiben.

Derzeit wird die kommunale Abfallentsorgung und Straßenreinigung auf der Grundlage einer 1998 gegründeten öffentlich-privaten Partnerschaft ausgeführt. Die neue kommunale Abfallgesellschaft startet zum 1. Januar 2025. Denn Ende 2024 läuft die bestehende öffentlich-private Partnerschaft aus. Grundlage der Anteilsauschreibung sind vertragliche Leistungen für die Bereiche Abfallabfuhr und -entsorgung, Stadtbildpflege und Winterdienst sowie IT-Kunden-Management.

Als Verfahren wurde ein wettbewerblicher Dialog gewählt, um das Know-how von Abfallwirtschaftsunternehmen zur Entwicklung innovativer Lösungen einzubinden. Es startet mit dem Teilnahmewettbewerb. Darauf folgen eine Dialog- und Angebotsphase, in der die Angebote eingereicht werden sollen. Der Zuschlag ist für das zweite Quartal 2023 geplant. Der Vertrag ist für die Dauer von 20 Jahren angelegt mit einer einmaligen fünfjährigen auftraggeberseitigen Verlängerungsoption. (sta)

### MEHR ZUM THEMA

Bekanntmachung der Landeshauptstadt Düsseldorf unter: <https://kurzlinks.de/abfall>

## Bauen im Land

## Erstaufnahme Freiburg

# Frühere Polizeiakademie in Freiburg beherbergt nun Flüchtlinge

Land investiert fast 21 Millionen Euro für Umbau und Sanierung der Gebäude

Der erste Bauabschnitt für die neue Landeserstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge (LEA) in Freiburg ist abgeschlossen. Das Land hat für Umbau und Sanierung der ehemaligen Polizeiakademie fast 21 Millionen Euro investiert. Künftig stehen bis zu 880 Plätze für Flüchtlinge zur Verfügung.

Von Jürgen Schmidt

FREIBURG. Flüchtlinge sind auf dem Areal der früheren Akademie der Polizei schon seit 2015 untergebracht, ein Jahr bevor die letzten Polizeischüler ausgezogen waren. Im Zuge der Flüchtlingskrise war auf dem Sportgelände eine Bedarfsorientierte Erstaufnahme (BEA) errichtet worden. Dafür wurden Leichtbauhallen und Containeranlagen errichtet. Die BEA wird nun durch

die neue LEA ersetzt, die die zum größten Teil bestehenden Gebäude der Akademie nutzt.

Die Bauarbeiten wurden abschnittsweise durchgeführt und nahmen rund vier Jahre in Anspruch. Wenn Gebäude fertiggestellt waren, wurden sie für die Unterbringung genutzt und im Gegenzug die Provisorien auf dem Sportgelände der ehemaligen Polizeiakademie abgebaut.

## Neue Heizungsanlagen senken Energieverbrauch um 30 Prozent

Die alten Akademiegebäude mussten dafür grundlegend saniert und für die neue Nutzung umgebaut werden. Die technische Ausrüstung der Gebäude aus den 1950er- und 60er-Jahren sei desolat gewesen und habe vollständig erneuert werden müssen, erläutert Frank Tegeler vom Amt Freiburg von Vermögen und Bau Baden-Württemberg. Er war Leiter des Projektes und auch

für die Entwurfsplanung zuständig. Zudem musste in Sachen Brandschutz erheblich nachgerüstet werden. Vollständig ersetzt wurde auch die Wärmerversorgung des Areals. Die alten Dampferzeuger und Kesselanlagen wurden entfernt.

So wurde ein Blockheizkraftwerk als Grundlast-Wärmeerzeuger installiert. Für die Abdeckung von Lastspitzen dient ein Gas-Brennwertkessel. Und zur Warmwasserversorgung gibt es nun einen Sommerkessel. Mit diesen modernen Wärmeerzeugern könne der Primärenergieeinsatz um rund 30 Prozent reduziert werden, heißt es bei Vermögen und Bau.

Aufgrund der Dringlichkeit wegen der Flüchtlingskrise wurde die Umbau- und Sanierungsmaßnahme von den Anforderungen der Energieeinsparverordnung (ENEV) befreit. Dennoch habe man in den sanierten Gebäuden 22 raumlufttechnische Anlagen mit Wärmerückgewinnung eingebaut, so Tegeler.

Auch damit habe man den Energieverbrauch senken können.

Auf den Dächern der Sporthalle und des Mehrzweckgebäudes sollen bis zum Jahresende Photovoltaikanlagen installiert werden. Diese sollen pro Jahr bis zu 210000 Kilowattstunden Solarstrom erzeugen können.

## Platz für bis zu 880 Personen im Maximalbetrieb

Um alle Funktionen der Erstaufnahmeeinrichtung unterbringen zu können, war ein Neubau erforderlich. Das Gebäude für die Röntgenuntersuchungen der neu ankommenden Flüchtlinge wurde zwischen zwei Bestandsgebäuden errichtet. Röntgen ist Bestandteil der ärztlichen Erstuntersuchung, die sich an die Überprüfung der Identität und Registrierung anschließt, bevor die Flüchtlinge auf Unterkünfte verteilt werden. Nach dem Umbau der Bestandsgebäude

und der Erweiterung durch den Neubau stehen auf dem Gelände fast 9500 Quadratmeter Nutzfläche zur Verfügung.

Im Normalbetrieb können in der Freiburger LEA bis zu 440 Personen untergebracht werden. Im Maximalfall lässt sich die Zahl der Bewohner nach Angaben von Vermögen und Bau Freiburg verdoppeln. Auf dem rund 60000 Quadratmeter großen Grundstück stehen den Flüchtlingen auch eine Sporthalle sowie Spiel- und Sportanlagen im Freien zur Verfügung.

Bei der Übergabe lobte Migrationsstaatssekretär Siegfried Lorek (CDU) die neue Einrichtung: „Mit der LEA Freiburg steht uns ein leistungsfähiger und moderner Standort im Südwesten des Landes zur Verfügung, der bestens für die vielfältigen Anforderungen der Flüchtlingererstaufnahme geeignet ist.“ Die neue Erstaufnahmestelle in Freiburg ist auf eine dauerhafte Nutzung angelegt.

## Alte Bausubstanz überfordert moderne Bohrer

FREIBURG. Der Umbau der ehemaligen Polizeiakademie zur Landeserstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge (LEA) war wie viele Projekte in den vergangenen Jahren durch Verzögerungen aufgrund der Corona-Pandemie geprägt.

Stärker in Erinnerung geblieben sind den Planern und Beteiligten aber andere Hindernisse. Für die Gebäude, die größtenteils aus den 1950er- und 60er-Jahren stammen, wurden offenbar besonders stabile Baustoffe verwendet, die es scheinbar in der heutigen Zeit nicht mehr gibt, wie Projektleiter Frank Tegeler anmerkt. Denn die meisten Bohrkronen seien bei den erforderlichen Kernbohrarbeiten im ersten Versuch kaputt gegangen.

Besonders schade fanden laut Tegeler alle am Baubeteiligten, dass die Einbauten der Akademie, wie Kegelbahn, Sauna und Partykeller, nicht erhalten werden konnten. Deren Zustand sei noch recht ordentlich gewesen. (jüs)



Für die Landeserstaufnahmeeinrichtung in Freiburg wurden die Gebäude der früheren Polizeiakademie umgebaut. FOTO: IGNAZIO LINARESE

## Daten und Fakten

**Maßnahme:** Landeserstaufnahmeeinrichtung Freiburg, 1. Bauabschnitt  
**Bauherr:** Land Baden-Württemberg  
**Planung:** Vermögen und Bau Baden-Württemberg, Amt Freiburg  
**Bauzeit:** 6/2017 bis 6/2022  
**Kosten:** rund 21 Millionen Euro  
**Nutzfläche:** 9457 Quadratmeter  
**Kapazität:** 440 Personen im Normalbetrieb, 880 Personen im Maximalbetrieb



Für die Sanitärarbeiten

**BURY**  
GMBH  
Haustechnik

wärmstens zu empfehlen!

79241 Ihringen, Gewerbestr. 4

Telefon: 07668/9911-0

info@bury-haustechnik.de